

Dr.-Ing. Günter Briese

E-Mail: drgbriese@gmail.com

Mobil: 0173 / 644 78 03

in enger Zusammenarbeit mit der SCHULZENDORFER INTERESSENGEMEINSCHAFT GEGEN FLUGLÄRM

Stubenrauchstraße 71, 15732 Eichwalde

Land Brandenburg
- Staatskanzlei -
Büro des Ministerpräsidenten
z.Hd. Herrn Volta

Heinrich-Mann-Allee 107

14473 Potsdam

Eichwalde, den 9. März 2016

Az.: Io + EG

Ihr Schreiben vom 04.03.2016 (erh.:08.03.2016)

Ihr Zeichen 32.4 / 16 / 00 839

Mein Schreiben vom 6. Februar 2016 ("Offener Brief") und
1. März 2016

Anmahnung rechtsstaatlichen Verhaltens der
Landesregierung zum Altanschließerproblem
mit Schreiben an Herrn Ministerpräsident Dr.D.Woidke

Sehr geehrter Herr Volta,

auch Ihr vorigen Schreiben habe ich mit großem Interesse z.K.
genommen, obwohl ich weder dem Bezug auf Ihr Schreiben vom
19. Februar 2016 bezüglich der Üblichkeit der Nichtbearbeitung
"Offener Briefe" noch der Aussage in Ihrem aktuellen Schrei-
ben, daß der Ministerpräsident zur Erledigung des Altanschlie-
ßerproblems "in Zuständigkeitsbereiche anderer Behörden ein-
greifen" oder aber dabei "außerhalb gesetzlich vorgeschriebe-
ner Verfahrenswege handeln" müsse, zustimme.

Da die Rechtslage völlig eindeutig ist und der Ministerpräsi-
dent sie nur noch durchsetzen muß, entfällt auch Ihre Begrün-
dung, daß der Ministerpräsident "nicht ... außerhalb gesetz-
lich vorgeschriebener Verfahrenswege handeln kann."

Dies deshalb, weil die "Durchsetzung rechtsstaatlichen Ver-
haltens der Landesregierung" eindeutig in der Verantwortung
des Ministerpräsidenten i.S. des Wirksamwerdens seiner ver-
fassungsbezogenen Richtlinienkompetenz liegt.

- 1969-2014 45 Jahre Autor zu Volkswirtschaftslehren
in zwei Wirtschaftssystemen
- 1952 Betrieblicher Techniker-Abschluß,
Elektro-Apparate-Werke Berlin-Treptow
- 1957 Ing. für elektrische Anlagen und Geräte,
Rechtschule für Schwenkschneiderei und
Elektrotechnik Berlin-Lichtenberg
- 1973 Hochschul-Ing. für Elektronik-Technologie,
Humboldt-Universität zu Berlin, Sekz. Elektronik
- 1973-75 Diplomierung und Promotionierung als Exakter
mit Untersuchungen zur Systemfesterkeit
von Entwurfsprozessen aller Art mit Hilfe von
heuristischen, Simulations- und algorithmischen
Programmen
- 1972,1974 Pflichtprüfstreiter und Humboldtprüfstreiter
der Humboldt-Universität von Berlin
- 1957-64 Abendkurse-Dozent für Mathematik, Physik
und technische Fächer
- 1990-96 Rechtsberater und Bearbeiter juristischer
Grundsatzenfragen im DEUTSCHEN NIETZSCH (DNE)
1994 Lehr- und Vortragstätigkeit zu allgemeinen
Rechts- und Sozialfragen im Auftrage des
Landesparlamentes Cottbus
- 1953-73 Selbständiger Konstrukteur
1973-91 Ingenieur für entwicklungsbegleitende
Standardisierung/Konzeption
1994 Bauleitplaner
- um 1960 Veröffentlichung "Zum Thema Feststofftoleranzen"
mit der Berechnung möglicher fertigungsbedingter
Maßabweichungen für Typen, Sorten und Chargen
für Duroplast-Formstoffteile, MASTE UND LAUSCHEN
- 1966 Wissenschaftliche Arbeit zum Schutze der
Volkswirtschaft gegen den Sinken des
wissenschaftlich-technischen Niveaus zum
Auswachen Plastverarbeitung
(Verhinderung der Einführung des sowjetischen
Ost-Toleranz- und Passungssystem zugunsten
der Einführung des internationalen
ISA/ISO-Toleranz- und Passungssystem)
- 1969-70 Leiter privater interdisziplinärer Forschungsgruppe
zur Studie zur Substitution von Metall durch Plast
in der Volkswirtschaft z.A. des ASW Berlin
(Teil1: Ermittlung erforderlicher Aufgaben
für Forschung/Entwicklung und Standardisierung,
Teil2: Ermittlungs-aufgabenfolge-Netzplan,
Kosten-Nutzen-Analyse)
mit dem Co-Autoren
Dr. Wilfried Schauf, Zentrallaboratorien für
Plastverarbeitung Leipzig und
Dipl.-Phys. Dieter von Straußitz, TU Dresden
- 1963-69 Berechnung der Relation von geometrischer Toleranz
(statist. Methode) zu arithmetischer Toleranz
(worst-Case-Methode) für Maßketten zur Erzielung
von Fertigungskostenminimierung durch größere
Bauteiltoleranzen (unveröffentlicht, aber erprobt)
- um 1970 Ermittlung der Parameter des Elastifizierungsprozesses
von Duroplastformteilen aus Abmaß-Mißfügigkeits-
Verteilungen, Eröffnungsvortrag der Sektion
Plastverarbeitungstechnik einer der Internationalen
Rechtstagungen PLASTPOLYMER der Kammer der Technik, Dresden
- um 1975 Analyse des volkswirtschaftlichen Planungsplans
der Sowjetunion im Rahmen des Promotionsverfahrens,
Humboldt-Universität zu Berlin
- 1980 Wissenschaftliche Arbeit zum Schutze der
Volkswirtschaft gegen den Sinken des
wissenschaftlich-technischen Niveaus
(Verhinderung der Einführung der sowjetischen
Zweckmäßigkeitsmethoden in der Maß-, Steuer- und
Regelungstechnik)
- 1980 Dissertationskürzfaßung in FINGERTECHNIK
29(1987) H.4 S.162
- Jan.1990 Vorschläge zum Übergang der Volkswirtschaft
von der Planwirtschaft zur sozialen Marktwirtschaft
mit ökonomischen Skizzen über NIKES KORN in
Zentralen Runden Tisch und Regierung
- 1995/97 Vorschlag zur Einführung einer Tobin-Steuer
(Spekulations-Dispöfung) und eines neuen
Bretton-Woods-Abkommens (fests Wechselkurs)
an die Oppositions-Parteien des Deutschen Bundestages
zur Bewältigung von Globalisierungsproblemen
noch vor der ERO-Einführung
- 2003-04 Vorschläge zur Einführung des Bruttoerzeugnisproduktes
(BEP) als volkswirtschaftliche Kenngröße für den
Beitrag zur ERO-Zone in die Bundesregierung und
an die Landesregierung Brandenburg
- 2008-09 Vorschläge zu kurz- und mittelfristigen Maßnahmen
für die Bewältigung der Welt-Finanz- und Wirtschafts-
Krise sowie zur Vermeidung ähnlicher Krisen
- 1994-2014 Kritischer Begleiter des Erwerbsprozesses
Flughafen Berlin Brandenburg International (BER)
durch Veröffentlichungen, Petitionen, Vorträge,
Vorschläge, Auswertungen und Presse-Informationen
und -Erläuterungen im Rahmen der ERDBÄNDER BI FÜR
EICHENBERG, ROHM SCHALLSCHUTZ UND
NACHRICHTEN in der Bürger-Initiative
NOTWEHR Anlieger BER
in enger Zusammenarbeit mit der
SCHULZENDORFER INTERESSENGEMEINSCHAFT GEGEN FLUGLÄRM
(vgl. <http://berlin-brandenburg-zi.de>
sowie www.eichwalde.com und www.bvbb-er.de)

Wenn die Geschäftsverteilung innerhalb der Landesregierung anders gestaltet wurde, entspricht dies nicht rechtsstaatlichen Erfordernissen.

Aber natürlich kann der Ministerpräsident im Rahmen seiner Richtlinienkompetenz Aufgaben zur Erledigung an Minister weiterreichen - und damit auch "Offene Briefe" zu Bearbeitung. Dann möge dies aber auch die Staatskanzlei so veranlassen - und dann muß sich eben der Ihrerseits benannte Minister des Innern und für Kommunales (MIK) a u c h um juristische und Finanzierungsprobleme, welche m.E. sicher in die Zuständigkeit anderer Ministerien fallen, kümmern, aber rechtsstaatskonform!

Damit ist Ihr Vorschlag m.E.

- einerseits durch Eingriff in andre Geschäftsbereiche verbunden, w e n n der Ministerpräsident nicht selbst eine komplette Bearbeitung im Kabinett veranlaßt und
- bezogen auf das mir vorgeschlagene Wenden bei "eventuellem weiteren Klärungsbedarf" an das vorgeh. MIK aufgrund Ihres Festhaltens an der Gültigkeit der Nichtbearbeitung von "Offenen Briefen" als in der Landesregierung üblich, daß das MIK mein Anliegen mit der gleichen Begründung zurückweisen würde, wie Sie dies mit Schreiben vom 19. Februar 2016 taten.

Außerdem ist die Fragestellung nach dem "eventuellen weiteren Klärungsbedarf in gleicher Sache" unsinnig, denn es ist ja seitens der Staatskanzlei bisher noch gar nichts zur Umsetzung "rechtsstaatlichen Verhaltens der Landesregierung zum Altanschießerproblem" geschehen, so daß eindeutig noch umfassender Klärungsbedarf besteht! Es sind ja nicht nur noch irgendwelche wenigen restlichen Kleinigkeiten zu regeln!

Wollte man beim Volkswagenkonzern Ihrer Logik folgen, so würden infolge des Wendens an die Öffentlichkeit keinerlei Aktivitäten zur Lösung des Desasters dem "allgemeinen Geschäftsgebahren" entsprechen - wenn der Konzern so handelte, wäre er bald in Insolvenz, wie wohl bald die BER-Flughafengesellschaft, welche bisher alle fachlichen und juristischen Warnungen in den Wind schlug!

Deshalb noch mal ganz langsam:

- Das vom BVerfG-Urteil für nichtig erklärte KAG-Änderungsgesetz ist zu Altanschießerbeiträgen aufgrund Verfassungsverstoßes nichtig und zwar von Anfang an und ohne Weiteres (ex tunc ipso iure).
- Auf der Grundlage eines ex tunc ipso iure nichtigen Gesetzes geschlossene Verträge sind ebenfalls ex tunc ipso iure nichtig.
- Ex tunc ipso iure nichtige Verträge können keinerlei Rechtswirkungen entfalten, können deshalb also auch nicht "bestandskräftig" wegen Auslaufens irgendwelcher Fristen werden.
- Damit sind alle echten "Altanschießer" (Anschluß schon zu DDR-Zeiten vorhanden) rechtlich gleich zu behandeln:

- allen Altanschließern sind ihre Beiträge nebst üblichen Zinsen zurückzuzahlen; Sonderregelungen für Bürger mit Zahlungsaufforderungen, restlichen Ratenzahlungen, Beitragsbescheiden im Widerspruchsverfahren oder Gerichtsverfahren oder angeblich schon "bestandskräftigen Verträgen" entfallen völlig - wer noch nicht zahlte, braucht dies auch nicht, und wer schon etwas zahlte, muß dies zurück erhalten! So einfach ist das!
- Nach dem Verursacherprinzip hat das Land Brandenburg auf dem Wege der Staatshaftung alle durch des Landes Tun und Lassen entgegen gesetzkonformem Handeln entstandenen Schäden zu begleichen, ob Beiträge der Bürger oder Aufwendungen der Abwasserverbände in kommunaler Hand.
 - Das gilt sowohl für Leitungswasser- wie Abwasser-Beiträge von echten Altanschließern.
 - Aufwendungen für neue Gutachten sind nach dem Spruch des BVerfG rechtlich unnötig und dienen nur der Zeitverzögerung für eine Problemlösung.

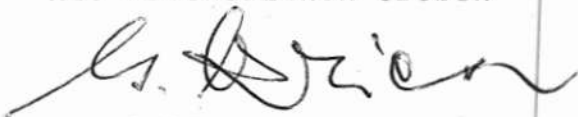
Die ministerseitig avisierte Verfahrensweise, daß Abwasserverbände für die Rückerstattung von Beiträgen ~~Kredite~~ aufnehmen und / oder Gebühren erhöhen sollen, ist rechtswidrig, weil mit unzulässigen Mehrfachzahlungen für dieselbe Leistung verbunden, und es danach einträte, daß z.B. Altanschließer beim MAW Netzverbesserungen erstmals über Gebühren und ein zweites mal über Beiträge bezahlen oder bezahlten und nun noch ein drittes mal über Gebühren bezahlen sollen!

Bei privater Verwirklichung wäre dies nicht nur zivil-, sondern auch strafrechtsrelevant!

Deshalb nochmals meine Aufforderung: Tun Sie endlich Ihre Pflicht, wie in meinem Schreiben vom 1. März 2016 dargelegt!

Ihr aktuelles Schreiben erscheint mir als geeignet, mein Anliegen auf einen Nebenpfad zu lenken, der ins Nichts führt, so wie man Lehrlinge nach "Schnellfeilfett" oder einem "vernickelten Augenmaß" schickt - ich bin aber keiner, und ich bitte dies zu respektieren.

Mit freundlichen Grüßen



- Dr. G. Briese -

EICHWALDER BI FÜR FLUGSICHERHEIT,
ECHTEN SCHALLSCHUTZ UND NACHTFLUGVERBOT



LAND BRANDENBURG

Ministerpräsident des Landes Brandenburg | Heinrich-Mann-Allee 107 | 14473 Potsdam

Herrn
Dr.-Ing. Günter Briese
Stubenrauchstraße 71
15732 Eichwalde

Ministerpräsident

Bürgerbüro

Heinrich-Mann-Allee 107
14473 Potsdam

Bearb.: Herr Volta
Gesch.Z.: 32.4/16/00839
Hausruf: (03 31) 8 66 - 1050
Fax: (03 31) 8 66 - 1112
Internet: www.brandenburg.de
buergerbuero@stk.brandenburg.de

Bus / Tram / Zug / S-Bahn
(Haltestelle Hauptbahnhof)

Potsdam, 04. März 2016

Sehr geehrte Dr. Briese,

vielen Dank für Ihr erneutes Schreiben vom 01. März 2016 in gleicher Angelegenheit.

Zum Umgang mit „offenen Briefen“ verweise ich auf meine Ausführungen vom 19. Februar 2016. Die hier geübte Praxis entspricht der allgemein üblichen. Adressaten „offener Briefe“ gehen grundsätzlich davon aus, dass der jeweilige Absender dieses Instrument ganz bewusst seiner besonderen Zweckbestimmung gemäß einsetzt, um Öffentlichkeitswirkung zu erzielen.

In der Sache selbst bitte ich um Ihr Verständnis, dass der Ministerpräsident nicht unmittelbar in Zuständigkeitsbereiche anderer Behörden eingreifen oder außerhalb gesetzlich vorgeschriebener Verfahrenswege handeln kann. Gemäß der Geschäftsverteilung innerhalb der Landesregierung fällt die von Ihnen angesprochene Angelegenheit in die fachliche Zuständigkeit des

Ministerium des Innern und für Kommunales des Landes Brandenburg (MIK),
Henning-von-Tresckow-Straße 9-13, 14467 Potsdam, Tel.: (0331) 866-0,

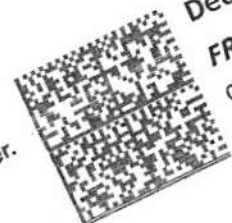
das Ihnen jederzeit gern als Ansprechstelle zur Verfügung steht. Ich darf Sie deshalb bitten, eventuellen weiteren Klärungsbedarf in gleicher Sache unmittelbar an das MIK zu richten.

Mit freundlichen Grüßen aus dem Bürgerbüro
Im Auftrag


Volta


LAND
BRANDENBURG
Staatskanzlei
Heinrich-Mann-Allee 107
14473 Potsdam

Offen
für
Entdecker.



Deutsche Post
FRANKIT 0,70
07.03.16 2Dr